



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

13. Jahrgang, Nummer 04 / 2016

Liebe Leserinnen und Leser,

auch angesichts der zahlreichen Umweltkatastrophen werden Bürgerinitiativen im Umweltbereich immer wieder angefeindet. Auch und gerade aus der Politik. Der BBU stärkt in solchen Situationen den Bürgerinitiativen den Rücken und zeigt der Politik klare Grenzen auf. Der BBU ist unabhängig – er hängt nicht am Finanztropf von Industrieunternehmen und kann klare Worte zum Ausdruck bringen. Dabei benötigt der BBU aber auch Rückendeckung aus den Reihen der Bevölkerung und von den Bürgerinitiativen. Es gibt noch viele Bürgerinitiativen, die noch nicht im BBU organisiert sind. Neue Mitglieder sind immer wieder wichtig für den BBU. Und auch finanzielle Unterstützungen sind wichtig. Spenden aus der Bevölkerung tragen dazu bei, dass der BBU auch weiterhin klare Worte zum Ausdruck bringen kann: Für die Umwelt, für den Umweltschutz.

Spätsommerliche Grüße von der BBU-Geschäftsstelle, von der BBU-Newsletter-Redaktion und vom BBU-Vorstand.

Fukushima und Tschernobyl mahnen! Sofortige Stilllegung aller AKW und Atomanlagen!

Der BBU bittet um Spenden u. a. für sein internationales Engagement gegen Uranabbau, Atomanlagen und Atomtransporte. Sparkasse Köln/Bonn, IBAN: DE62 3705 0198 0019 00 26 66, SWIFT-BIC: COLSDE33. Über „Spendenportal.de“ kann auch online mit wenigen Mausklicks für den BBU gespendet werden: <https://www.spendenportal.de/geldspenden/projekt/11578>

Und stets willkommen sind neue BBU-Mitglieder (Initiativen, Organisationen und Privatpersonen).

Aufnahmeanträge unter <http://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

BBU: Äußerungen des NRW-Bauministers zu Bürgerinitiativen sind inakzeptable Entgleisung

Als inakzeptable Entgleisung und schamlose Diffamierung von Bürgerinitiativen im Umweltbereich hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) die jüngsten Äußerungen des nordrhein-westfälischen Bauministers Michael Groschek bezeichnet. Um seine rückwärtsgewandte Betonpolitik durchzusetzen, sei dem Sozialdemokraten offensichtlich jedes Mittel recht, erklärt der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen. Der BBU betont die wichtige Rolle der Initiativen: Ohne ihre Aktivitäten gäbe es keine Energiewende, keinen wirksamen Immissionsschutz vor Ort und einen ungezügelt Flächenverbrauch.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt: „Die Äußerungen Groscheks zeugen von einem gestörten Verhältnis zur Zivilgesellschaft. Bundesweit setzen sich Bürgerinitiativen selbstlos und ehrenamtlich zum Schutz von Biotopen und Freiflächen, für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und für den Immissionsschutz ein. Dabei müssen sie oft engagiert und mutig Auseinandersetzungen mit Behörden führen, die Projekte ohne die gesetzlich festgeschriebene Berücksichtigung des Umwelt- und Gesundheitsschutzes durchdrücken wollen. Statt die wertvolle Arbeit der Bürgerinitiativen anzuerkennen, fällt dem Minister nichts Anderes ein, als sie zu beleidigen und ihr Engagement herabzuwürdigen. Die Erkenntnis, dass die Gesellschaft auf eine intakte Umwelt angewiesen ist, ist an ihm spurlos vorbeigegangen. Und es wird zynisch, wenn Groschek den Satz fallen lässt: ‚Wir brauchen ein anderes Klima‘. Denn die NRW-Landesregierung trägt mit ihrer Kohlepolitik und dem damit verbundenen Kohlendioxidausstoß zum Klimawandel bei, der zum kontinuierlichen Ansteigen der Temperaturen, zu Extremwetterereignissen und zur Erhöhung des Meeresspiegels führt.“

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 26.08.2016.

Vollständiger Text unter <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/26.08.16.pdf>



2. Themenbereiche

Atomenergie

STOP Tihange, STOP Doel: Belgische Klage gegen Rissereaktoren unterstützen!

Wir bauen Biogemüse an in Aachen-Sief, 62 km von Tihange entfernt, in der westsüdwestlichen Hauptwindrichtung. Jodtabletten werden unseren Garten nicht schützen. Wir wollen nicht, dass unsere Heimat unbewohnbar wird. Deshalb klagen wir mit 46 belgischen Umweltaktivisten*innen rund um Tihange bei Lüttich und Doel bei Antwerpen gemeinsam auf eine neue unabhängige wissenschaftliche Untersuchung von Tihange2 und Doel3. Diese muss dann die dauerhafte Schließung der Reaktoren zur Folge haben, deren überdurchschnittliche Gefahren vielfach belegt sind, auch für einen viel weiteren Umkreis. (Denkt an Tschernobyl).

Quelle und weitere Informationen: <http://westcastor.blogspot.de/2016/07/01/belgische-klage-gegen-rissereaktoren-unterstuetzen>

Urenco liefert angereichertes Uran für Ukraine

Der auch im westfälischen Gronau aktive Urananreicherer Urenco soll die Ukraine im Laufe der nächsten drei Jahre mit angereichertem Uran für je zweimal 42 Uranbrennstäbe beliefern. Damit steigt Urenco in den ukrainischen Atommarkt ein. Wie die "taz" heute meldet, wolle Urenco erst später festlegen, welche der vier konzern eigenen Urananreicherungsanlagen den Auftrag übernehmen solle. Möglich ist also sowohl eine Produktion in der Urananreicherungsanlage in Gronau sowie im benachbarten Almelo in den Niederlanden.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sowie Anti-Atomkraft-Initiativen aus dem Münsterland verurteilen den Atomdeal scharf, da die Ukraine seit Jahren ein instabiles Krisen- und Kriegsgebiet ist.

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung des Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, des Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau und des BBU vom 23.08.2016.

Vollständiger Text unter <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/23.08.16.pdf>

Hintergrund: <http://www.taz.de/Atomkraft-in-der-Ukraine/!5326506/>

Urananreicherer Urenco mit Halbjahresverlust

Der auch im westfälischen Gronau aktive Urananreicherer Urenco hat in seiner Halbjahresbilanz für das erste Halbjahr 2016 erstmals seit langem einen Nettoverlust ausgewiesen. Während Urenco im Vergleichszeitraum 2015 einen Nettogewinn von 166 Mio. Euro einfuhr, wurde trotz ungefähr gleichbleibender Einnahmen und deutlich geringerer Ausgaben nun ein Nettoverlust von 8,5 Mio. Euro erzielt. Urenco führt diesen Gewinneinbruch auf Währungsschwankungen sowie ein schwächeres Pfund Sterling zurück.

"Die neuen Zahlen für Urenco sind bemerkenswert, weil sich der Urananreicherer bislang immer als profitables Unternehmen dargestellt hat. Gibt es bei der Urananreicherung neben den Währungsschwankungen noch andere Geschäftsprobleme, über die die Öffentlichkeit informiert werden müsste? Mit dem jetzigen Verlust steht auch hinter der bisherigen Dividende von jeweils knapp 60 Mio. Euro für die deutschen Urenco-Anteilseigner EON und RWE für 2016 ein großes Fragezeichen," so Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). Zudem fragt Buchholz, ob mögliche Probleme bei der Inbetriebnahme der neuen Uranmüllhalle in Gronau eine Rolle spielen.

Hier der Link zum Halbjahres-Geschäftsbericht von Urenco:

<http://www.urengo.com/news/detail/urengo-group-half-year-2016-unaudited-financial-results>

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung des Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, des Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau und des BBU vom 30.08.2016. Vollständiger Text unter <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/30.08.16.pdf>

AKW Grohnde sofort stilllegen!

Nach den jüngsten Vorfällen im Atomkraftwerk Grohnde (Niedersachsen) fordert der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) mit Nachdruck die sofortige und endgültige Stilllegung des umstrittenen Atomreaktors. Nach einem Arbeitsunfall mit Todesfolge am Freitag (26. August) hatte das niedersächsische Umweltministerium am Montag (29. August) die Öffentlichkeit über Probleme mit einem Transportbehälter für Brennelemente informiert. Die betroffenen Brennelemente sollen jetzt zur Kontrolle in die ebenfalls umstrittene Brennelementefabrik in Lingen (Emsland) transportiert werden.

Der BBU erinnert daran, dass der niedersächsische Umweltminister Stefan Wenzel vor einem Monat ein schnelleres Aus für das AKW Grohnde gefordert hat. Nach bisherigem Planungsstand soll das AKW erst Ende 2021 stillgelegt werden. Nach Angaben des BBU liegt es in der Hand von Umweltminister Wenzel, das AKW jetzt vorzeitig stillzulegen. In Niedersachsen ist das Umweltministerium die zuständige Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde für Atomkraftwerke und sonstige Atomanlagen. Udo Buchholz vom Vorstand des BBU betont, dass Minister Wenzel jetzt zeigen muss, wie er sich ein schnelleres Aus für das AKW Grohnde vorstellt.

Weil das AKW Grohnde in der Nähe der Landesgrenze zu NRW steht, sieht der BBU auch die NRW-Landesregierung in der Pflicht, für die Stilllegung des AKW Grohnde aktiv zu werden. Die ostwestfälischen Städte Bielefeld und Paderborn sind nur etwa 60 Kilometer Luftlinie vom AKW Grohnde entfernt.

Informationen zum langjährigen Widerstand gegen das AKW Grohnde unter <http://www.grohnde-kampagne.de>.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 30.08.2016. Vollständiger Text unter

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/30.08.16.pdf>



Beendigung Urananreicherung / Verhinderung Castor-Transporte: Treffen zwischen Anti-Atomkraft-Initiativen und NRW-Atomaufsicht

Anti-Atomkraft-Initiativen aus dem Münsterland und Rheinland sowie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs / Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW) haben sich mit der Landesatomaufsicht im NRW-Wirtschaftsministerium getroffen. Bei dem konstruktiven Gespräch ging es um die Stilllegung der Urananreicherungsanlage Gronau sowie Möglichkeiten zur Verhinderung der angekündigten Castor-Transporte aus Jülich und Garching ins Zwischenlager Ahaus.

Die Anti-Atomkraft-Initiativen erneuerten in Düsseldorf ihre Einladung an NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin, die beiden Atomstandorte in Gronau und Ahaus persönlich zu besuchen und mit den Initiativen sowie der Bevölkerung vor Ort zu sprechen. Die Initiativen und die NRW-Atomaufsicht erklärten ihre Bereitschaft zu weiteren Gesprächen.

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 02.09.2016 (Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, BI "Kein Atommüll in Ahaus", Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), IPPNW(Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs / Ärzte in sozialer Verantwortung)). Vollständiger Text unter

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/02.09.16.pdf>

Aktuelles zum AKW Obrigheim

Das gerade neu eingerichtete Bundesamt für Entsorgung hat im August die Genehmigung erteilt, die 342 Obrigheimer Brennelemente im Standort-Zwischenlager Neckarwestheim zu lagern. Offen ist noch, ob eine Genehmigung für den Transport erteilt wird. Beantragt hat der Betreiber EnBW einen Transport auf dem Neckar mit der Begründung, dass damit der Verkehr gegenüber Schiene und Straße am wenigstens behindert würde. Die Sicherheit scheint nicht das oberste Kriterium zu sein.

Wir lehnen diesen Transport ab, denn dass Atomtransporte hochriskant sind, ist seit langem bekannt. Es gibt keine Untersuchung, welches für die Obrigheimer Brennelemente die Variante mit der höheren Sicherheit wäre: der Bau eines Standort-Zwischenlagers in Obrigheim nach neuesten Sicherheitsstandards oder ein Transport von abgebrannten Brennelementen auf einem Binnengewässer (erstmalig in Deutschland). Dass dabei mehrere Staustufen und Schleusen zu passieren sind, von denen die meisten sanierungsbedürftig sind, macht den Transport noch riskanter. Die Unterbringung im Neckarwestheimer Zwischenlager mit löchrigem Karstuntergrund, der nachweislich ständig durch Grundwasserverläufe ausgewaschen wird, ist ebenfalls zu hinterfragen. Zudem würde der Grundsatz, dass alles am Standort gelagert werden muss, gebrochen und könnte weitere Atomtransporte nach sich ziehen.

Aus einer Infomail der Initiative Atomerbe Obrigheim vom 06.09.2016. Die Initiative ist im BBU organisiert. Weitere Informationen:

<http://www.atomerbe-obrigheim.de>

Internationales Endlager in Australien? Dave Sweeney zu Besuch (im Wendland)

Am Freitag den 16.9. wird uns Dave über die aktuelle Situation zu Uranbergbau und dem von der Australischen Regierung angedachten internationalen Atommülllager auf den neuesten Stand bringen. Dave arbeitet als Nuclear-Campaigner für die Australian Conservation Foundation und ist als Politikwissenschaftler und Journalist seit drei Jahrzehnten gegen Uranbergbau und Atommüllagerung in Australien und weltweit aktiv. In engem Kontakt zu den Ureinwohnern des Landes ist sein Kampf gegen die Atomindustrie immer auch ein Kampf für Land- und Menschenrechte. Wir freuen uns auf seinen Besuch und treffen ihn am Freitag, 16.9. um 18.30 Uhr in der Alten Ziegelei in Mützingen, Rosi's Pizza, zum Infogespräch und Erfahrungsaustausch. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Quelle: <http://www.bi-luechow-dannenberq.de/?p=17180>

AKW-Neubau in Dukovany verhindern:

Jetzt Einwendung an das tschechische Umweltministerium senden!

Nur rund 170 km von der deutschen Grenze entfernt soll im tschechischen Dukovany der Atompark mit vier Uralt-Atomkraftwerken um zwei neue Blöcke erweitert werden. Im Katastrophenfall könnten auch weite Teile Deutschlands verstrahlt werden. Bis zum 27. September können Sie im Vorfeld einer grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung eine Einwendung beim tschechischen Umweltministerium einreichen.

Quelle und Möglichkeit zum online-Einspruch:

<https://www.umweltinstitut.org/mitmach-aktionen/akw-neubau-vor-unserer-haustuer-stoppen.html>

Weitere Hintergrundinformationen und Einspruchsmöglichkeiten:

<http://biwaanaa.de/2016/08/akw-dukovany-laufzeitverlaengerung-einwendungen-bis-27-09-moeglich>

Überörtliche Anti-Atomkraft-Demonstration am 29. Oktober 2016 in Lingen

Ein breites Bündnis aus Anti-Atomkraft-Initiativen, BBU, IPPNW u. a. ruft für den 29. Oktober zur Teilnahme an einer Anti-Atomkraft-Demonstration in Lingen (Emsland) auf. Bei Redaktionsschluss des BBU-Newsletters waren es schon insgesamt mehr als 50 Initiativen und Verbände, die den gemeinsamen Aufruf unterschrieben haben. In dem Aufruf heißt es: „Atomkraftwerken jetzt den Saft abdrehen! Brennstoffversorgung aus Lingen und Gronau stoppen!

Beginn: 29. Oktober 2016, 13 Uhr, Bahnhof Lingen - Abschlusskundgebung vor dem Alten Rathaus

Gemeinsam mit vielen Menschen aus dem Emsland und ganz Niedersachsen, aus NRW und aus anderen Regionen wollen wir am 29. Oktober 2016 für unsere Forderungen auf die Straße gehen:

- Uranlieferungen aus Lingen und Gronau an marode AKW in Belgien und Frankreich stoppen!
- Brennelementherstellung in Lingen und Urananreicherung in Gronau beenden!
- Das AKW Emsland, Grohnde, Tihange, Doel, Fessenheim, Cattenom und alle anderen AKW abschalten! Sofort!

- Energiewende jetzt! Sonne und Wind, statt Fracking, Kohle und Atom!

Über 5 Jahre nach Fukushima und 30 Jahre nach Tschernobyl sind wir mehr denn je von alternden Atomkraftwerken und von einer weiterhin aktiven Nuklearindustrie bedroht. Während die verbleibenden 8 deutschen Atomkraftwerke bis Ende 2022 abgeschaltet werden sollen, bleibt die nukleare Infrastruktur unangetastet. Sowohl die Brennelementefabrik in Lingen (Niedersachsen) als auch die Urananreicherungsanlage in Gronau (NRW) verfügen weiterhin über eine unbefristete Betriebsgenehmigung. Beide Uranfabriken versorgen Atommeiler in aller Welt mit Brennstoff, so auch die besonders maroden Meiler Tihange, Doel, Fessenheim und Cattenom.“

Den vollständigen Aufruftext, Informationen über Mobilisierungsmaterial, Hinweise zu Anreisemöglichkeiten usw. findet man unter www.lingen-demo.de. Informationen erteilt auch BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz unter 02562-23125.

CETA und TTIP

Nicht in falscher Sicherheit wiegen – am 17. September CETA und TTIP kippen!

Beide Abkommen sind Gefahr für Demokratie, Sozial- und Umweltstandards und öffentliche Daseinsvorsorge. Die Auseinandersetzung um CETA und TTIP geht in die Endrunde. Zehn Tage vor dem Aktionstag am 17. September ruft das Bündnis „CETA und TTIP stoppen! Für einen gerechten Welthandel!“ erneut dazu auf, sich an den bundesweit sieben Demonstrationen gegen die geplanten Freihandelsabkommen der EU mit den USA und Kanada zu beteiligen. Auch die jetzt im SPD-Parteivorstand verabschiedete Beschlussvorlage für den geplanten SPD-Parteikonvent zu CETA am 19. September, könne die grundsätzlichen Bedenken gegen CETA in der aktuellen Form nicht ausräumen, so das Bündnis.

Das Bündnis „CETA & TTIP stoppen! Für einen gerechten Welthandel!“ umfasst Gewerkschaften, Globalisierungskritiker, Wohlfahrts-, Sozial- und Umweltverbände, kultur-, demokratie- und entwicklungspolitische Organisationen, Initiativen aus Kirchen und von kleinen und mittleren Unternehmen sowie für Verbraucherschutz und nachhaltige Landwirtschaft.

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 07.09.2016 des Bündnis „CETA & TTIP stoppen! Für einen gerechten Welthandel!“. Vollständiger text und umfassende Informationen zu den Hintergründen, Demo-Orten und Anreisemöglichkeiten unter <http://ttip-demo.de/home>.

Fracking

BBU warnt: Tiefengeothermie darf nicht zum Einfallstor für Fracking werden

Angesichts der Debatte über die verstärkte Nutzung von Erdwärme hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) davor gewarnt, sämtliche Formen der Geothermie ungeprüft zu befürworten. So sind die Arten der Tiefengeothermie abzulehnen, die auf die Anwendung der Fracking-Technik setzen. Andere Formen der Tiefengeothermie sind im Detail auf ihre Umweltauswirkungen zu überprüfen.

Im Rahmen einer Verbändeanhörung hatte das nordrhein-westfälische Umweltministerium den beteiligten Kreisen, darunter dem BBU, Faktenblätter zur Tiefengeothermie mit der Bitte um Stellungnahme übermittelt. Die drei Faktenblätter behandelten die petrothermale Geothermie, die hydrothermale Geothermie – offenes System (Wassernutzung) und die tiefe Erdwärmesonde. Hierzu hat sich der BBU im Detail gegenüber dem Ministerium geäußert.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erläutert: „Die petrothermale Geothermie ist auf die umweltschädliche Technik des Fracking angewiesen. Und auch für bestimmte Arten der hydrothermalen Geothermie soll Fracking zur Anwendung kommen. Beides ist abzulehnen. Die Fracking-Technik führt zu Grundwasserkontaminationen und Erdbeben. Die Tiefengeothermie darf nicht zum Einfallstor für Fracking werden. Die Debatte um die Nutzung von Erdwärme durch das Aufbrechen von Gestein sollte daher umgehend beendet werden. Bei der tiefen Erdwärmesonde sind die Umwelt- und Gesundheitsgefahren im Detail zu ermitteln, bevor Grundsatzbeschlüsse über den Einsatz dieser Technik erfolgen.“

Die Stellungnahme des BBU ist zu finden unter <http://bbu-bonn.de/Stellungnahmen.htm>.

Direktlink: <http://bbu-bonn.de/Stellungnahmen/BBU%20Stellungnahme%20Geothermie.pdf>

BBU-Pressemitteilung vom 10.08.2016

Friedensbewegung

Friedenskundgebungen vor Atomanlagen in Gronau und Ahaus

Rund 40 Mitglieder mehrerer Friedensorganisationen und Anti-Atomkraft-Initiativen haben am Wochenende an den Atomanlagen im Kreis Borken (NRW) demonstriert. Samstag Abend (30.07.) wurde eine Kundgebung vor der Urananreicherungsanlage in Gronau durchgeführt. Dabei wurde die sofortige Stilllegung der Anlage gefordert. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass die Zentrifugentechnik zur Urananreicherung grundsätzlich auch zur Herstellung von Uran für Atomwaffen geeignet ist. Sonntag Mittag fand eine weitere Kundgebung vor dem Atom Müll-Lager in Ahaus statt, bei der u. a. gegen drohende Atom Mülltransporte von Jülich nach Ahaus protestiert wurde.



Die Kundgebungen in Gronau und Ahaus gehörten zum Programm einer Friedensradtour, die am Samstag (30.07.) in Münster gestartet ist. Veranstalter der Tour ist der NRW-Landesverband der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK). Mit der Aktion sollen Verknüpfungen von friedens- und umweltpolitischen Themen verdeutlicht werden. Das Motto der Tour lautet: „Für ein ziviles Europa, frei von Atomwaffen und AKWs! Für Friedensschutz durch Klimaschutz!“.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 31.07.2016. Vollständiger Text unter <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/31.07.16.pdf>
Foto: An der Urananreicherungsanlage Gronau, 30.07.2016

Immissionsschutz

Öffentlichkeitsbeteiligung mit Füßen getreten? Umweltverbände fordern von Regierungspräsidentin sofortigen Baustopp!

In ihrem Brief an die Detmolder Regierungspräsidentin, Frau Thomann-Stahl, fordern die Umweltverbände BUND und BBU den sofortigen Baustopp auf dem Gelände der geplanten Abfallbehandlungsanlage für gefährliche Abfälle in Petershagen-Lahde, solange es nicht ein vollumfängliches immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung gibt. Ausgerechnet bei solch einem strittigen Vorhaben einen vorzeitigen Baubeginn – zudem noch in der Ferienzeit – anzuordnen, ist ein Affront gegenüber den BürgerInnen und Bürgern, die um die Qualität ihrer Umwelt in Lahde fürchten. „Wir fragen uns, wie eine Behörde den EinwanderInnen gegenüber ihre gebotene Unabhängigkeit und die Ergebnisoffenheit in einem Erörterungstermin unter Beweis stellen will, wenn sie gerade bei solch einer Ansiedlung wegweisende Entscheidungen gegen den Willen vieler Anwohner noch vor Beginn des ordnungsgemäßen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens trifft“, mahnt Kornelia Fieselmann, Sprecherin der Ortsgruppe Petershagen des Bund für Umwelt- und Naturschutz BUND. Oliver Kalusch, Mitglied im geschäftsführenden Vorstand des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz BBU gibt zu bedenken, dass die geplante Behandlungsanlage aufgrund ihres beantragten Inventars an gefährlichen Abfällen offensichtlich der Störfallverordnung unterliegt und dafür gemäß der Direktwirkung der noch nicht umgesetzten Seveso-III-Richtlinie in deutsches Recht ein weiteres Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen ist, ehe die Zulässigkeit des Vorhabens an der Dingbreite überhaupt festgestellt werden könnte. Zudem: Die Ereignisse beim Bau von Stuttgart 21 haben sich inzwischen in Landes- und Bundesrecht niedergeschlagen und das Instrument der „frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung“ geschaffen. Dazu heißt es von Seiten der Umweltverbände in ihrem Brief an die Regierungspräsidentin: „Wir verweisen auf den Erlass des MKULNV vom 19. Mai letzten Jahres (Aktenzeichen V-2), wonach die Genehmigungsbehörde nach § 25 Abs. 3VwVfG NRW („frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung“) im Vorfeld eines förmlichen Genehmigungsverfahrens darauf hinzuwirken hat, dass die betroffene Öffentlichkeit vom Antragsteller „frühzeitig über die Ziele des Vorhabens, die Mittel, es zu verwirklichen und die voraussichtlichen Auswirkungen des Vorhabens unterrichtet wird.“ Ferner: „Die frühe

Öffentlichkeitsbeteiligung soll möglichst bereits vor Stellung eines Antrags stattfinden.

Aus einer Pressemitteilung des BBU und des BUND vom 01.08.2016. Diese Pressemitteilung der beiden Umweltverbände wird von der Petershagener BI „Stoppt den Giftmüll“ unterstützt.

Vollständiger Text unter <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/01.08.16.pdf>

Seveso-III-Richtlinie

BBU kritisiert wenig ambitionierte Umsetzung der europäischen Seveso-III-Richtlinie im Bergrecht und Immissionsschutzrecht

Auf deutliche Kritik des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) sind geplante Regelungen zur Umsetzung der europäischen Seveso-III-Richtlinie im Bundesberggesetz, im Bundes-Immissionsschutzgesetz und in der Störfall-Verordnung gestoßen. Seine Ablehnung hat der Umweltverband dem Bundes-Wirtschaftsministerium im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens zur Änderung des Bergrechts und Immissionsschutzrechts übermittelt. Dem Ziel, die Bevölkerung effektiv vor Störfällen zu schützen, wird die Umsetzung nicht gerecht. Bei den Bestimmungen zu Abständen zwischen Störfallbetrieben und sensiblen Schutzgütern ist der Schutz der Bevölkerung durch angemessene Sicherheitsabstände mangelhaft. Zudem fällt die vorgesehene Öffentlichkeitsbeteiligung deutlich hinter die üblichen Standards des Immissionsschutzrechts zurück. In der Stellungnahme fordert der BBU zudem klare Regelungen zur Lösung von drängenden Problemen des Bohrlochbergbaus.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführend Vorstand des BBU erläutert die Kritik: „Der Schutz vor Störfällen soll nach der Seveso-III-Richtlinie auch durch angemessene Sicherheitsabstände gewährleistet werden. Doch dieser Schutz ist bei der geplanten Umsetzung löchrig wie ein Schweizer Käse. Zwar muss zwischen Wohngebieten und Störfallbetrieben ein angemessener Sicherheitsabstand existieren, dies gilt jedoch nicht für Einzelbebauungen. Außerdem stellt der Sicherheitsabstand keine feste Grenze dar, die nicht unterschritten werden darf. Vielmehr führt eine Unterschreitung lediglich zu einem Genehmigungsverfahren oder spezifischen bergrechtlichen Betriebsplänen. Diese Verfahren fallen dabei deutlich hinter die Standards bisher üblicher immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren zurück.

Die Stellungnahme des BBU kann abgerufen werden unter <http://bbu-online.de/Stellungnahmen.htm>.

Direktlink: <http://bbu-online.de/Stellungnahmen/Seveso-III-Richtlinie%20im%20Bergrecht.pdf>

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 29.08.2016.

Vollständiger Text unter <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/29.08.16.pdf>

Tonergefahren

Laserdrucker und das Vorsorgeprinzip – als hätten wir schon CETA

Die Bundesregierung weist erstmals auf schwere Gesundheitsgefahren durch Ultrafeinpartikel aus Laserdruckern hin. nano-Control begrüßt die späte Einsicht und fordert angesichts von Millionen betroffenen Bürgern mit einer Petition konkrete Maßnahmen, insbesondere den Schutz des Grundrechts auf körperliche Unversehrtheit, entsprechend dem geltenden Vorsorgeprinzip!

Es fühlte sich lange an, als hätte die Bundesregierung das Vorsorgeprinzip schon CETA geopfert. Über 15 Jahre spielte sie die massiven Hinweise aus der Bevölkerung auf schwere Gesundheitsschäden durch Emissionen aus Laserdruckern und Kopierern herunter, unterlies die zugesagte Aufklärung der Wirkungen und vereinbarte stattdessen mit der Druckerindustrie, dass diese selbst an den Partikeln forschen lässt. Das ist ungefähr so, als würde man die Zigarettenindustrie bitten, den Tabakrauch auf Schädlichkeit zu untersuchen. Statt Aufklärung der Wirkung gab es nur Vernebelung: die Emissionen seien vergleichbar der von Haushaltsgeräten. Den Studienleiter des industrienahen Institutes machte das Bundesumweltministerium zum Vorsitzenden der Konferenz Innenraumlufthygiene beim Umweltbundesamt und die sieht seit Jahren keinen Handlungsbedarf.

Aus einer Pressemitteilung der BBU-Mitgliedsorganisation nano-Control. Vollständiger Text unter <https://www.nano-control.org/laserdrucker-und-das-vorsorgeprinzip-als-haetten-wir-schon-ceta>

Unterstützt die Petition gegen die Tonergefahren!

Machen Sie sich stark, für gesunde Raumluft: Sicher drucken mit Tinte statt Toner ... !

Zur Petition:

<https://weact.campact.de/petitions/machen-sie-sich-stark-fur-gesunde-raumluft-sicher-drucken-mit-tinte-statt-toner>

Verkehrspolitik

Aktuelle Informationen zur Verkehrspolitik gibt es u. a. auf folgenden Internetseiten:

<http://www.fuss-ev.de>,

<http://www.umkehr.de>

<http://www.bahn-fuer-alle.de>

<https://www.bei-abriss-aufstand.de>

(Keine) Wegwerfbecher



Wegwerfbecher-Wahn und ROBIN WOOD-Mehrwegbecher

Wegwerfbecher sind eine große Verschwendung. Sie belasten die Umwelt nicht nur durch den hohen Ressourcenverbrauch, sondern auch weil sie kaum recycelt werden können und nicht aus Altpapier hergestellt werden können. Die wichtigsten Informationen bekommen Sie nun auch kompakt über unseren Flyer „Wegwerfbecher stoppen! Wälder schützen“, den Sie kostenlos bestellen können. Verteilen Sie ihn gerne im Bekanntenkreis oder legen Sie ihn in Läden und Treffpunkten in Ihrer Umgebung aus. Zusätzlich haben wir unsere eigene Alternative: Den Rächer der Becher-Mehrwegbecher gibt es jetzt auch für 7,50 Euro. Mit jeder Wiederbefüllung wird seine Ökobilanz besser – im Gegensatz zu dem Müllhaufen, der mit jedem einzelnen Wegwerfbecher weiter wächst! Waldschutz statt Wegwerfbecher – setzen Sie ein Zeichen gegen die Verschwendung!

Quelle und Bestellmöglichkeit: <http://www.robinwood.de/wordpress/blog/wald/2016/06/neues-im-shop>

3. Termine

Umfangreiche Terminhinweise unter <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

4. Nachruf

Klaus Traube ist tot

Am 4. September ist Klaus Traube im Alter von 88 Jahren gestorben. Die Anti-Atomkraft-Bewegung hat ihm viel zu verdanken. Hier ein Nachruf aus dem Klimaretter.Info.

<https://www.klimaretter.info/protest/hintergrund/21879-der-erste-atom-aussteiger>

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 04 / 2016, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 30.09.2016. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.